

Niederschrift

über die 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung am Dienstag, dem 21.11.2023 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:58 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Allendorf, Julian, Dr.  
Bontrup, Martin  
Holtkamp, Stefan **abwesend ab 17:44 Uhr**  
Holz, Anton  
Kleerbaum, Klaus-Viktor  
Mondwurf, Günter **abwesend ab 17:44 Uhr**  
Pohlmann, Franz  
Schulze Esking, Werner  
Vogdt, Christian, Dr.  
Wäsker-Sommer, Christoph, Dr.  
Wessels, Wilhelm  
Wobbe, Ludger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang  
Friedrichsen, Andreas, Dr.-Ing.  
Hopf, Tobias **Vertretung für Herrn Ralf Wozniak**  
Oertel, Waltraud **Vertretung für Herrn Patrick Jansen**  
Schreiber, Tim

SPD-Kreistagsfraktion

Kiekebusch, Heiner **Vertretung für Frau Stefanie Averwald**  
Spiekermann-Blankertz, Michael  
Sticht, Niklas Gabriel  
Vogt, Hermann-Josef

FDP-Kreistagsfraktion

Holters, Ulrike

UWG-Kreistagsfraktion

Hageney, Thomas

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Kullik, Angela

beratende Mitglieder

Kassenböhmer, Rainer, Dr.

Verwaltung

Daldrup, Kathrin  
Wedmann, Caroline  
Grotke, Jutta  
Raabe, Mathias  
Wewers, Manfred  
Tepe, Linus, Dr.

Der Ausschussvorsitzende Klaus-Viktor Kleerbaum eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Herr Hopf wird vereidigt.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Informelle Regionalentwicklung im Münsterland und Bewerbung um eine neue REGIONALE  
Vorlage: SV-10-1069
- 2 Öffentlich rechtliche Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft zur gemeinsamen Vergabe einer Machbarkeitsstudie für den Radschnellweg F35+  
Vorlage: SV-10-1099
- 3 Revision der WestfalenTarif GmbH  
Vorlage: SV-10-1018
- 4 Tarifmaßnahmen 2024 im WestfalenTarif für das Münsterland (Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe)  
Vorlage: SV-10-1063
- 5 Schnellbuslinie S60 (Darup-Nottuln-Münster); hier: Beibehaltung der Anbindung des OT Nottuln-Darup  
Vorlage: SV-10-1074
- 6 X 90 (Olfen-Lüdinghausen-Senden-Münster); hier: Fortführung nach Projektende  
Vorlage: SV-10-1075
- 7 Deutschlandticket; hier: Fortführung über den 31.12.2023 hinaus  
Vorlage: SV-10-1076
- 8 Taxibuslinien; hier: Änderung der Kostenbeteiligung  
Vorlage: SV-10-1077
- 9 Deutschland-Ticket; hier: Änderung des Allgemeinen Vorschrift  
Vorlage: SV-10-1079

- 10 Fortführung der Förderung der Stadt Dülmen für die Ausgleichszahlungen aufgrund der Aufnahme in den VRR-Tarifkragen  
Vorlage: SV-10-1093
- 11 Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme K48AN6 und K12AN2 zwischen Lette und Rorup  
Vorlage: SV-10-1080
- 12 Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme an der K 4 (Kreisverkehr Münsterstr./Wilhelm-Haverkamp-Str.) in Senden  
Vorlage: SV-10-1081
- 13 Errichtung einer Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ)  
Vorlage: SV-10-1091
- 14 Entwurf Haushalt 2024  
Vorlage: SV-10-1071
- 15 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 16 Anfragen der Ausschussmitglieder

#### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

**TOP 1 öffentlicher Teil**

SV-10-1069

**Informelle Regionalentwicklung im Münsterland und Bewerbung um eine neue REGIONALE**

Ktabg. Vogt erklärt, dass grundsätzlich mehr Macherkreise gefunden werden müssen, da es meist eher ein Umsetzungsproblem gäbe. Er wünsche sich zudem, dass Förderbedingungen einfacher zu handeln wären.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Bericht zur Informellen Regionalentwicklung im Münsterland und zur geplanten Bewerbung um eine neue REGIONALE wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 2 öffentlicher Teil**

SV-10-1099

**Öffentlich rechtliche Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft zur gemeinsamen Vergabe einer Machbarkeitsstudie für den Radschnellweg F35+**

Ktabg. Dropmann erklärt, dass dies eine gute Sache sei und er die Beteiligung an der Machbarkeitsstudie unterstütze. Er wolle zudem nochmal anmerken, dass die Umsetzung des eigenen Radwegebauprogramms sehr langsam voranschreite.

Ktabg. Wobbe widerspricht Ktabg. Dropmann und erläutert, dass die Umsetzung sich häufig verzögere, da der Kauf der Grundstücke leider meist problematisch sei. Er wolle zudem den Hinweis geben, dass neuerdings Radwege an Landstraßen förderfähig seien.

S.B. Spiekermann-Blankertz bittet um eine Prüfung, ob auf dem Radschnellweg dann auch S-Pedelcs zugelassen seien.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Kleebaum über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Gründung einer Beschaffungsgemeinschaft zur gemeinsamen Vergabe einer Machbarkeitsstudie F35+ wird zugestimmt. Der Kreis Coesfeld beteiligt sich somit an den Kosten der Studie mit einem Anteil in Höhe von 10 Prozent der Gesamtkosten bzw. einem maximalen Anteil von 2.850 EUR.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 23 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 3 öffentlicher Teil**

SV-10-1018

**Revision der WestfalenTarif GmbH**

Ktabg. Vogt merkt an, dass ein solch langer Bericht zu lesen und zu verstehen schon eine Aufgabe sei und die Konsequenzen daraus abzuleiten noch schwieriger. Er äußere bereits seit Jahren Kritik an dem System. Mit den 58 Gesellschaftern und deren unterschiedlichen Stimmberechtigungen sei die Gesellschaftsanteilesituation zudem sehr undurchsichtig. Er fordere eine Reduzierung auf die Aufgabenträger, die alle die gleichen Anteile besäßen. Er befürworte zudem, dass das Einstimmigkeitsprinzip abgeschafft werden solle und die Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhrlippe aufgelöst werden solle. Weiterhin müsse eine Aufgabenkritik erfolgen. Mit den gesamten bisherigen Entwicklungen sei er nicht einverstanden und würde den Beschlussvorschlag daher ablehnen wollen.

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass aufgepasst werden müsse, dass der Einfluss auf die Tarife nicht verloren gehe und Synergien nicht vernachlässigt werden. Es habe mehrere Gespräche mit den Aufgabenträgern gegeben und es werde weiterhin versucht im Sinne der Aufgabenträger Einfluss zu nehmen. Eine Reduzierung des Personals auf zwischen 15 und 25 Personen wäre denkbar, dazu sei aber das Ergebnis der Phase C abzuwarten. Wenn das Signal vom Kreis Coesfeld negativ ausfalle, dann sei der Revisionsprozess ggfls. bereits jetzt gescheitert, da dann mit einer notwendigen Einstimmigkeit nicht mehr zu rechnen sei. Das Signal wäre seiner Meinung nach falsch. Er finde die kritische Begutachtung sinnvoll, aber eine weitere Begleitung des Prozesses sei notwendig.

Ktabg. Dr. Allendorf erklärt, dass er den Entfall der dritten Ebene als sinnvoll ansehe und dies eine Straffung herbeiführe. Dies sei auch keine Gefahr des Qualitätsverlustes. Aktuell sei zudem die Preisgestaltung noch ausreichend durch den Kreis beeinflussbar.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende Kleebaum über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag nimmt den Bericht und das Gutachten zur Phase B der Revision zur Kenntnis. Die Ergebnisse dieses Berichtes werden als Grundlage zur Ausarbeitung der Phase C anerkannt.
2. Der Kreistag fordert, dass die Aufgabenträger im Rahmen des Migrationsprozesses in die Diskussion zur zukünftigen Finanzierung wie auch zu den zukünftigen Aufgabenbereichen (bspw. der Einnahmeaufteilung) der Westfalentarif GmbH einbezogen werden und dass der Migrationsprozess möglichst nach drei Jahren abgeschlossen sein sollte.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 24 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 4 öffentlicher Teil**

SV-10-1063

**Tarifmaßnahmen 2024 im WestfalenTarif für das Münsterland (Tarifgemeinschaft Münsterland – Ruhr-Lippe)**

Ktabg. Sticht erklärt, dass wenn es eine Zustimmung für die Fortführung des Deutschlandtickets gegeben hätte, hätte die SPD-Fraktion den Tarifmaßnahmen ebenfalls zugestimmt. So wollen sie sich die Möglichkeit für günstigere Tarife offenhalten.

Ausschussvorsitzender Kleebaum schlägt vor, den Tagesordnungspunkt ebenfalls in den Kreissausschuss zu verschieben. Diesem wird einvernehmlich zugestimmt.

**TOP 5 öffentlicher Teil**

SV-10-1074

**Schnellbuslinie S60 (Darup-Nottuln-Münster); hier: Beibehaltung der Anbindung des OT Nottuln-Darup**

S.B. Friedrichsen erläutert, dass seiner Meinung nach die Bürgerinnen und Bürger nicht in einer Testphase auf den ÖPNV umsteigen würden, sondern erst, wenn auch Dauer eine Verbindung eingerichtet werde. Es benötige eine zuverlässige Verbindung und man müsse den Darupern auf Dauer auch noch etwas bieten.

Ktabg. Dr. Allendorf erklärt, dass man 1,5 Jahren zunächst prüfen wollte, ob die Linie von der Bevölkerung angenommen wird und nun müsse man auf die tatsächlichen Zahlen schauen und bedarfsorientiert handeln. Es sei offensichtlich, dass in den Nebenlastzeiten der Bedarf nicht gegeben sei, besonders sonntags. Über samstags lasse sich noch diskutieren. Aus finanziellen Gründen und aufgrund des Bedarfs lehne die CDU-Fraktion den Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion ab.

Ktabg. Sticht wünscht sich, dass ausreichend Mittel dafür zur Verfügung ständen, aber es gäbe noch andere wichtige Projekte, die unterstützt werden müssen, sodass die SPD-Fraktion ebenfalls den Antrag der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN-Fraktion ablehne.

Ktabg. Dropmann erklärt, dass der Linienverlauf anpassbar wäre und man ggf. mit dem Einsatz kleinerer Busse arbeiten könne.

Kreisdirektor Dr. Tepe sehe samstags keinen Bedarf mit unter 2 %, was unter der Woche mit 2,2 % aber noch in Ordnung sei. Eine Umstellung auf kleinere Busse sei nicht möglich, da ab Nottuln bis Münster größere Kapazitäten benötigt werden.

Herr Kassenböhmer gibt zu bedenken, dass auch mobilitätseingeschränkte Menschen auf diese Verbindung angewiesen sein könnten und durch den Wegfall sehr beschränkt werden.

Ausschussvorsitzender Kleebaum erläutert, dass Einschränkungen in Bereichen, die den Bürgerinnen und Bürgern wichtig sind, manchmal notwendig seien. Die finanzielle Situation lasse es leider nicht zu

alle Fahrten zu erhalten.

Ktabg. Vogt sehe hier leider auch kein Bedarf und das nötige Geld fehle einfach.

Ktabg. Sticht ergänzt, dass die SPD-Fraktion das Geld nicht zur Seite legen wolle, sondern andere Projekte, die mehr Menschen erreichen würden, unterstützt werden sollten.

An Herr Kassenböhmer gerichtet berichtet S.B. Friedrichsen, dass mehrere solcher Anlässe an die Bezirksregierung gemeldet wurden, man jedoch keine zufriedenstellende Rückmeldung erhalten habe.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Kleerbaum über den Antrag der BÜNDNIS90/DIEGRÜNEN-Fraktion abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Linienverlauf der S60 (Nottuln-Münster) unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Modellversuch (SV-10-0326) wie nachstehend erläutert fortzuentwickeln und das Einvernehmen mit der Gemeinde Nottuln herzustellen.
2. Die Änderung des Fahrplans wird zum 01.04.2024 umgesetzt.
3. Die Verwaltung beauftragt die RVM, notwendige Genehmigungen einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 5  |
| Nein:       | 19 |
| Enthaltung: | 0  |

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende Kleerbaum über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 19 |
| Nein:       | 5  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 6 öffentlicher Teil**

SV-10-1075

### **X 90 (Olfen-Lüdinghausen-Senden-Münster); hier: Fortführung nach Projektende**

Ktabg. Dropmann stimmt einer weiteren Prüfung zu und weist daraufhin, dass die betroffenen Kommunen Senden und Olfen mit einbezogen werden müssen.

Ktabg. Vogt stimmt Ktabg. Dropmann zu und fragt nach, wann die finalen Zahlen vorlägen.

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass er einen wöchentlichen Jour Fixe BüLaMo habe an dem auch die Gemeinde Senden teilnehme. Auch die Gemeinde Olfen und die Stadt Lüdinghausen würden stets informiert. Zum Zeitablauf erklärt er, dass in der ersten Sitzungsfolge 2024 ab dem 29.02.2024 die Daten vorgelegt werden sollen. Die bisher vorliegenden Daten aus den Fahrerzählungen und dem AFZS (automatischen Fahrgast-Zähl-System) müssten noch abgeglichen und verschnitten werden, seien nach einer ersten Prüfung allerdings in Bezug auf die Verlässlichkeit vielversprechend. Nach den reinen Nutzerzahlen ist die Fahrzeuganzahl insbesondere in der Nebenverkehrszeit ausreichend, so dass auch jeder einen für die Autobahnpassage notwendigen Sitzplatz erhalte. Ob der Schwerpunkt bei der X oder der S liege, sei noch zu entscheiden. Das Projekt sei aber dazu da um genau so etwas zu testen und ggf. müsse man am Ende Liebgewonnenes auch wieder gehen lassen. Würde die X90 komplett wieder eingespart werden und in den „Vor-BüLaMo-Zustand“ zurückversetzen, spare man einen hohen sechsstelligen Betrag.

Ktabg Friedrichsen teilt seine Verärgerung mit, dass seiner Meinung nach die Sitzungsvorlage nicht neutral formuliert wurde und das Ergebnis schon von vorneherein feststehen würde. Zudem unterstütze er nicht die Auffassung, dass durch die Busnutzung der Umwelt geschadet werde. Er bittet künftig um mehr Neutralität und Seriosität in Sitzungsvorlagen.

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass durch die Einsparung von nicht nachgefragten Bussen oder auch die Zusammenlegung von weniger stark nachgefragten Bussen Fahrkilometer eingespart würden und dadurch selbstverständlich die Umwelt geschützt werde. Mit drei oder zum Teil gar vier Bussen in der Stunde sei ein Niveau erreicht, das auf vielen innerstädtischen Linien in Münster nicht erreicht würde. Wenn nun, wo dies anhand der Fahrgastzahlen möglich sei, drei statt mit vier oder in Zeiten geringerer Nachfrage zwei statt drei Fahrzeugen/Fahrten pro Stunden auskömmlich seien, senke diese Reduktion sehr den CO2 Ausstoß.

Zudem weise er die Kritik an die Verwaltung bzgl. der Sitzungsvorlage zurück. Diese Sitzungsvorlage sei ausgewogen. Da die Fahrgastzahlen noch nicht vollständig ausgewertet werden konnten, sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch noch keine finale Festlegung erfolgt.

Der Ausschussvorsitzende Kleerbaum pflichtet dem Kreisdirektor Dr. Tepe bei. Er habe die Sitzungsvorlage so verstanden.

S.B. Spiekermann-Blankertz fragt nach, wie es mit dem On-Demand-Verkehr weitergehen soll.

Ktabg. Holz unterstützt Kreisdirektor Dr. Tepe in seinen Ausführungen und er werde der Vorlage zustimmen.

S.B. Friedrichsen bedankt sich für die Erläuterungen des Kreisdirektors Dr. Tepe und verstehe diese, er sehe die Sitzungsvorlage jedoch weiterhin als verbesserungswürdig an.

Ktabg. Mondwurf fragt nach, ob es nochmal Fahrgastbefragungen in der X90, der S90 und S91 geben solle.

Kreisdirektor Dr. Tepe erklärt, dass es im September noch Fahrgastbefragungen gegeben habe und die Fahrgastzahlen zudem täglich automatisch über das AFZS (automatische Fahrgast-Zähl-System) erfasst werden. Die gesamten Daten werden am Ende abgeglichen und verschnitten.

Das Angebot mit 3-Fahrten in einer Stunde wäre aktuell das Beste und im Münsterland die einzige Schnellbuslinie mit so einer Taktung.

Der On-Demand-Verkehr in Senden sei ein lokaler und örtlicher Verkehr, sodass die Gemeinde Senden entscheiden müsse, ob und wie dieser weiterbetrieben werde.

Ergänzend führt KD Dr. Tepe aus, dass ganz aktuell der Bürgerbus in Lüdinghausen und Olfen in die On-Demand-App implementiert worden sei. Dies habe zu mehr Fahrgästen, weniger Fahrkilometer und mehr Komfort bei den Fahrern geführt.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Kleebaum über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Angebot im Streckenverlauf Olfen-Lüdinghausen-Senden-Münster (S90/S91/X90) unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse aus dem Projekt „Bürgerlabor Mobiles Münsterland“ (BueLaMo) weiterzuentwickeln und unter ökologischen wie ökonomischen Gesichtspunkten ein passgenaues und nutzerorientiertes Fahrangebot aufzustellen.
2. Das neue Fahrangebot soll zum 01.09.2024, und damit mit Ablauf des BueLaMo beginnen.
3. Die finale Entscheidung trifft der Kreistag rechtzeitig vor dem Fahrplanwechsel.

### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 20 |
| Nein:       | 4  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 7 öffentlicher Teil**

SV-10-1076

**Deutschlandticket; hier: Fortführung über den 31.12.2023 hinaus**

Ktabg. Sticht sei überzeugt davon, dass Bund und Länder weiterhin das Deutschlandticket fördern. Wenn nicht, dann läge die Verantwortung beim Kreis Coesfeld. Er schlägt vor den ersten Beschlusspunkt daher wie folgt zu ändern:

„Ab dem 01.01.2024 wird das Deutschlandticket im Kreis Coesfeld weiterhin verkauft und anerkannt, wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine Einigung zwischen Land und Bund zur auskömmlichen Finanzierung erreicht wird.“

Ktabg. Dr. Allendorf erklärt, dass es gut sei, wenn das Deutschlandticket weitergehe, aber schlecht sei, dass zentrale Fragen aktuell noch offen seien. Bund und Länder müssen eine langfristige Finanzierung sicherstellen und das läge auch in deren Verantwortung. Er wünsche sich eine verlässliche langfristige Planung.

Ktabg. Holters erklärt, dass dies eine große Glaskugel sei und sie einen Beschluss heute für unmöglich halte. Sie schlägt vor den Tagesordnungspunkt auf den Kreisausschuss zu schieben.

Auf Nachfrage von Ktabg. Dropmann erläutert Kreisdirektor Dr. Tepe, dass der Landkreistag heute mitteilte, dass die Übertragung der Restmittel von 2023 bis 2024 die Hoffnung weckt, das Deutschlandticket bis Ende April 2024 finanzieren zu können. Im Februar 2024 sollen neue Beschlüsse zum Deutschlandticket und dessen Preis getroffen werden.

Ausschussvorsitzender Klerbaum nimmt den Vorschlag von Ktabg. Holters auf und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt in den Kreisausschuss zu verschieben. Diesem wird einvernehmlich zugestimmt.

**TOP 8 öffentlicher Teil**

SV-10-1077

**Taxibuslinien; hier: Änderung der Kostenbeteiligung**

Auf Nachfrage von S.B. Spiekermann-Blankertz erklärt Kreisdirektor Dr. Tepe, dass mit Ertüchtigung eine Taktverdichtung im Hauptverkehrszeitraum besonders bei der T12 benötigt werde. Im zweiten Schritt solle dies auch bei der T54 erfolgen. Zudem wurde auch mit dem Bürgermeister Stohldreier besprochen, dass dies zunächst für 2 Jahre getestet werde und die tatsächliche Nutzung am Ende ausschlaggebend sei, ob es so beibehalten werde.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Klerbaum über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreis Coesfeld als Aufgabenträger beteiligt sich, führt ein Taxi-Bus auf einen außerhalb der Gemeinde liegenden Bahnhof zu, um dort eine Verknüpfung zur Schiene herzustellen, der im Übrigen aber lediglich Erschließungsfunktionen innerhalb der Gemeinde erfüllt, mit einem Anteil von 33,33 % der entstehenden Kosten. Voraussetzung ist, dass ein nach aktuellem Pendleratlas signifikantes Pendlerpotenzial von mind. 500 Personen besteht. Bestehen Alternativverbindungen, entfällt die Beteiligung.
2. Für das Haushaltsjahr 2024 werden über die Veränderungsliste 90.000 € bei der Produktgruppe 04.01.07 zusätzlich veranschlagt.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 24 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 9 öffentlicher Teil**

SV-10-1079

**Deutschland-Ticket; hier: Änderung des Allgemeinen Vorschrift**

Da es keine weiteren Anmerkungen gibt, lässt der Ausschussvorsitzende Kleebaum direkt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die im Entwurf beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung „Allgemeine Vorschrift im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1370/20071) des Kreises Coesfeld über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif im allgemeinen ÖPNV“ wird beschlossen.
2. Alle weiteren Beschlüsse vom 27.09.2023 (SV-10-0997) haben weiterhin Bestand.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 24 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 10 öffentlicher Teil**

SV-10-1093

**Fortführung der Förderung der Stadt Dülmen für die Ausgleichszahlungen aufgrund der Aufnahme in den VRR-Tarifkragen**

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass er hier im Austausch mit Herrn Speer, ZVM, stehe. Es solle eine Förderung mit maximal 70.000 € geben. Die erste Rechnung, die bisher vorlag, lag deutlich unter der der Maximalfördersumme.

S.B. Friedrichsen fragt nach, ob dies durchzureichende Fördermittel seien oder der Kreishaushalt bzw. der Haushalt der Stadt Dülmen davon betroffen sei.

Kreisdirektor Dr. Tepe erläutert, dass die Stadt Dülmen für die Aufnahme in den Tarifkragen direkt an den VRR zahle. Der Kreis Coesfeld habe nur beim ZVM einen Förderantrag gestellt, leite die Förderung aber direkt an die Stadt Dülmen weiter. Dadurch müsse die Stadt Dülmen nur noch 28 % des eigentlichen Betrages bezahlen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Kleerbaum über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, an die Verbandsversammlung des ZVM einen Folgeantrag auf anteilige Finanzierung i. H. v. 70.000 € direkt aus dem Teilraumkonto für die Fortsetzung der Aufnahme der Stadt Dülmen in den VRR-Tarifkragen zu stellen. Die Finanzierung soll bis zum 31.12.2025 befristet sein.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Stadt Dülmen eine Vereinbarung über den finanziellen Ausgleich abzuschließen, sofern die weitere Förderung genehmigt wird.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 22 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 11 öffentlicher Teil**

SV-10-1080

**Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme K48AN6 und K12AN2 zwischen Lette und Rorup****Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Erneuerung der Fahrbahndecke auf der K48AN6 und K12AN2 zwischen Lette und Rorup zu veranlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 22 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 12 öffentlicher Teil**

SV-10-1081

**Baubeschluss zur Abwicklung der Straßenbaumaßnahme an der K 4 (Kreisverkehr Münsterstr./Wilhelm-Haverkamp-Str.) in Senden****Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen für die Umgestaltung des Knotenpunktes Gartenstraße / Münsterstraße / Wilhelm-Haverkamp-Straße in Senden zu einem Kreisverkehrsplatz und die Erneuerung der Fahrbahndecke in den Anschlussbereichen zu veranlassen.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 22 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 13 öffentlicher Teil**

SV-10-1091

**Errichtung einer Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ)**

Ktabg. Vogt sagt, es sei der richtige Schritt und er begrüße die Planung einer Feuerwehrtechnischen Zentrale.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Kleebaum über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung einer Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) voranzutreiben. Unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sollen die dafür notwendigen Planungen in die Wege geleitet werden. Der Ausschuss empfiehlt, den notwendigen Grunderwerb in Dülmen zu tätigen.

**Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 22 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 0  |

**TOP 14 öffentlicher Teil**

SV-10-1071

**Entwurf Haushalt 2024**

Ktabg. Sticht könne keinen Finanzposten zur Sanierung der Pestalozzischule Coesfeld finden und möchte wissen, ob eine Sanierung der Pestalozzischule Coesfeld geplant sei.

Kreisdirektor Dr. Tepe antwortet, dass eine Sanierung der Schule derzeit noch hinter dringendere Bauvorhaben und Instandhaltungen zurücktreten, wie beispielsweise die energetische Sanierung des Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg Lüdinghausen. Kreisdirektor Dr. Tepe versichert, dass diesbezüglich Gespräche mit der Schulverwaltung der Pestalozzischule Coesfeld folgen werden.

Ktabg. Vogt warte auf das Gutachten der Machbarkeitsstudie für das Pictorius Berufskolleg Coesfeld. Er stellt sich die Frage, wann der Kreis mit der Fertigstellung des Gutachtens rechnen und was durch die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie auf den Kreis zukomme.

Kreisdirektor Dr. Tepe bestätigt, dass das Gutachten der Machbarkeitsstudie noch nicht vorliege.

Kreisdirektor Dr. Tepe habe durch den Ktabg. Vogelpohl drei Anfragen erhalten, dessen Antworten dem Protokoll wie folgt beigefügt werden:

1. In welcher Höhe sind die Mieteinnahmen vom Landesbetrieb Straßen (35 Parkplätze) berücksichtigt?

Mieteinnahmen des zukünftigen Parkhauses beziehen sich auf die Mittelfristplanung ab 2025, nicht auf die Ansatzplanung des Haushaltsjahres 2024. Da bisher noch keine Mietverträge mit zukünftigen Nutzern abgeschlossen werden konnten, wurden auch noch keine Mieterlöse in der Mittelfristplanung berücksichtigt. Ziel ist es, da nun die anfallenden Kosten und die Bauzeiten genauer beziffert werden können, Vorverträge mit zukünftigen Nutzern abzuschließen, um dann, auf einer rechtlich gesicherteren Basis, auch Mieterlöse einzuplanen.

2. Das Ergebnis 2022 (der Mieterlöse) beträgt 362 T €, der Ansatz für 2024 und die folgenden Planungen belaufen sich auf 229 T €. Damit liegen das Ergebnis, der Ansatz und die Planungen deutlich unter dem Niveau des Haushaltsentwurfes 2021. Auf welche Effekte sind diese deutlich rückläufigen Einnahmen in den Ergebnissen, Ansätzen und Planungen zurückzuführen?

Im Jahr 2022 konnten 111 T € Mieterlöse von einem Drittmietler von Räumlichkeiten im Kreishaus in Coesfeld verbucht werden.

3. 20.06 – Gebäude – Personalaufwendungen: Warum steigen die Personalaufwendungen von 496 T € (Ergebnis 2022) auf 769 T € (Ansatz 2024)?

Sowohl für das Jahr 2023, als auch für das Jahr 2024 mussten zwischenzeitlich Tarifsteigerungen eingeplant werden. Zudem sind folgende Personalveränderungen zu berücksichtigen:

- Im Bereich der Gebäudetechnik wurde eine Projektstelle besetzt.
- Ein Mitarbeiter des Bauhofs übernimmt zahlreiche Aufgaben für den Fachdienst 20.2 (Hochbaumanagement); die Kosten werden entsprechend zwischen den Produktbereichen 20 und 66 aufgeteilt.
- Ein Mitarbeiter wird organisatorisch innerhalb der Abteilung in einen anderen Fachdienst umgesetzt und damit in der PG 20.06. geführt
- Nachbesetzung einer Beamtenstelle durch eine Angestellte

Herr Wewers trägt eine Ergänzung zur SV-10-1071 Entwurf Haushalt 2024 vor.

Herr Wewers wolle 25 T€ für die Ableitung einer Lagewertkarte (Lage-Heatmap) im Kreis Coesfeld veranschlagen. Er erklärt, dass eine Grundstücksbewertung häufig durch die Lage bestimmt werde. Bei der Fortschreibung dieser Immobilienrichtwerte zum 01.01.2023 haben sich erheblich qualitative Probleme hinsichtlich der Einschätzung dieses Merkmals herausgestellt, so dass eine neue Erstableitung erforderlich sei. Hierbei solle das Merkmal der Lage fachlich und inhaltlich aufgrund geänderter Standards in den Analyseverfahren neu bestimmt werden. Dazu sollen neuartige wissenschaftliche Algorithmen des „Maschine Learning“ / KI“ bezogen auf das Lagewertmerkmal angewendet werden. Darüber hinaus führe die „Lage-Heatmap“ bei der Neuaufstellung und Fortschreibung der Mietspiegel sämtlicher Städte und Gemeinden im Kreisgebiet ebenfalls zu einer qualitativen Verbesserung des Wohnwertmerkmals der Lage.

Herr Wewers teilt mit, dass den Aufwendungen 20T € beantragte Landesmittel als Ertrag gegenüberstünden.

Kreisdirektor Dr. Tepe betont, man werde den Auftrag nur erteilen, wenn die entsprechenden Fördermittel zur Verfügung stehen.

Ktabg. Bontrup möchte wissen, wo Herr Wewers den Benefit für die Bürgerinnen und Bürger bzw. für die Verwaltung sehe.

Herr Wewers erklärt, dass sich der Wert der Immobilie dadurch besser ermitteln lasse und somit einen großen Vorteil für die Bürger als Vermieter bzw. Mieter darstelle.

Der Beschlussvorschlag wird zur Kenntnis genommen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die im Entwurf des Haushaltsplanes 2024 ausgewiesenen Jahresergebnisse in den Teilergebnisplänen und Teilfinanzplänen mit den jeweiligen Finanzmittelüberschüssen bzw. Finanzmittelfehlbeiträgen der Produktgruppen

### **im Budget 3 und 4**

| Produktgruppe                   | ab Seite |
|---------------------------------|----------|
| 20.6 (Gebäude)                  | 383      |
| 62.01 (Vermessungen)            | 409      |
| 62.02 (Liegenschaftskataster)   | 416      |
| 62.03 (Grundstücksbewertung)    | 422      |
| 62.04 (Geoinformationen)        | 427      |
| 66.01 (Verkehrsflächen)         | 435      |
| 66.02 (Straßenunterhaltung)     | 459      |
| 01.02 (Kreisentwicklung)        | 485      |
| 01.07 (Nahverkehrsplanung ÖPNV) | 520      |

einschließlich der bei den zugehörigen Produkten dargestellten Ziele und Kennzahlen werden unter Berücksichtigung der während der Beratung beschlossenen Änderungen anerkannt.

#### **Hinweis:**

Seit der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2024 am 18.10.2023 haben sich zum Teil geänderte Finanzmittelbedarfe ergeben. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, folgende Änderungen zu berücksichtigen. Erläuterungen hierzu sind der Sachdarstellung in dieser Sitzungsvorlage zu entnehmen:

### **im Budget 4 - Landrat**

#### **Produktgruppe 01.02**

|  |             |
|--|-------------|
| Ansatz Finanzmittelfehlbetrag gem. Haushaltsentwurf:   | 1.963.129 € |
| Neuer Ansatz Finanzmittelfehlbetrag gem. Haushaltsentwurf:<br>(ausschließlich unter Berücksichtigung der Kreisentwicklung) | 1.992.229 € |

## Produktgruppe 01.07

|  |             |
|--|-------------|
| Ansatz Finanzmittelfehlbetrag gem. Haushaltsentwurf:       | 5.722.494 € |
| Neuer Ansatz Finanzmittelfehlbetrag gem. Haushaltsentwurf: | 5.722.494 € |

Anmerkung:

Die in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Kreisentwicklung gegenüber dem Haushaltsplanentwurf vom 18.10.2023 neu anerkannten Ansätze werden in einer Änderungsliste zusammengestellt und dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Digitalisierung / Kreisausschuss / Kreistag zur weiteren Beratung vorgelegt.

**TOP 15 öffentlicher Teil****Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates**

Mitteilungen sind im öffentlichen Teil der Sitzung nicht erfolgt.

**TOP 16 öffentlicher Teil****Anfragen der Ausschussmitglieder**

Anfragen der Ausschussmitglieder sind nicht erfolgt.



Kleerbaum  
Ausschussvorsitzender

Wedmann  
Schriftführerin



